

Freiwilliger Dienst – eine Chance für alle

Nr. 039.04 / 03.02.2004

Zur Zukunft des Zivildienstes und freiwilliger Dienste erklärt die innen- und rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen **Irene Fröhlich**:

Die Zukunft gehört den Freiwilligen-Diensten, die von jungen Menschen im großen Maß nachgefragt werden. Bündnis 90 /DIE GRÜNEN setzen sich seit langem dafür ein, dass bei einem Auslaufen des Zwangsdienstes die Freiwilligendienste ausgebaut und neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein einjähriger Pflichtdienst würde bei jungen Menschen weder auf Akzeptanz stoßen, noch die Probleme im sozialen Bereich lösen. Wir setzen auf das ökologische und soziale Engagement junger Frauen und Männer. Wir wollen die Freiwilligendienste weiter ausbauen.

Immer mehr junge Menschen sind bereit, ein Freiwilliges Soziales (FSJ) oder Ökologisches Jahr (FÖJ) abzuleisten. Das Interesse ist so groß, dass wir gar nicht genug Plätze für Interessierte zur Verfügung stellen können. Viele junge Menschen sind bereit, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Statt weiter auf dem angeblich fehlenden Engagement Jugendlicher herumzureiten und die Ausweitung von Zwangsdiensten zu fordern, ist es angesagt, sich für den Ausbau der Freiwilligendienste einzusetzen. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Anerkennung freiwilligen Engagements.

Die Aufnahme eines freiwilligen Dienstes muss für jede SchülerIn ab 16 Jahren attraktiv sein und sie muss auch Erwachsenen in anderen Lebensphasen offen stehen. Im beiderseitigen Interesse von „ArbeitgeberIn“ und „ArbeitnehmerIn“ müssen Aufgaben, Rechte und Pflichten klar definiert sein; die Dauer des freiwilligen Dienstes darf nicht unter ein Jahr fallen. Ein freiwilliger Dienst sollte in den Bereichen Soziales, Ökologie / Umwelt und Kultur geleistet werden können, im Inland wie im Ausland.

Es ist unerlässlich, dass die Mittel, die für den Zivildienst zur Verfügung stehen, für den Ausbau der Freiwilligendienste erhalten bleiben. Oberste Priorität hat außerdem, dass der Freiwilligendienst in seiner jetzigen Form bestehen bleibt. Das schließt beispielsweise aus, dass er art- und wesensfremde Aufgaben wie etwa den Zivil- oder Katastrophenschutz übernimmt.

Die Kommission "Impulse für die Zivilgesellschaft - Perspektiven für den Zivildienst und die Freiwilligendienste" hat kürzlich ihren Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vorschläge und Ergebnisse sollten wir gründlich prüfen. Wir haben die einmalige Chance, unsere Forderung nach Abschaffung der Zwangsdienste endlich schrittweise umzusetzen. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.
